

Antrag A12

Antragsteller: **Landesverband Braunschweig**

Thema: **Flächendeckende Einführung des Nordischen Modells in der Bundesrepublik Deutschland**

Antrag zum Landesdelegiertentag der Frauen Union am 07.09.2024

Der Landesdelegiertentag der Frauen Union Niedersachsen möge beschließen:

Die Frauen Union Niedersachsen fordert die flächendeckende Einführung des Nordischen Modells in der Bundesrepublik Deutschland ein. Sexkauf durch Freier soll verboten werden, Prostituierte selbst dagegen straffrei bleiben. Dies ermöglicht ein konsequentes Vorgehen gegen Prostitution und Menschenhandel, ohne die betroffenen Prostituierten selbst zu kriminalisieren.

Begründung:

In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat sich Deutschland zum Bordell Europas entwickelt. Dabei stellt selbstbestimmte Prostitution in der Praxis eine seltene Ausnahme dar. Die eindeutige Mehrheit in der Prostitution arbeitenden Frauen tut dies aus wirtschaftlicher Not und Zwang. Vor allem aber bedeutet Prostitution in der Realität vieler Frauen, dass sie unter falschen Versprechen angelockt, über Jahre in schwerster Weise ausgebeutet und misshandelt werden.

Faktisch hat sich Deutschland zur Drehscheibe für Menschenhandel entwickelt. Diese kriminellen Strukturen fördernde Zustand ist aus sicherheits- und menschenrechtspolitischer Perspektive untragbar.

Mit dem „Nordischen Modell“ lässt sich in dieser Form des kriminellen Menschenhandels einen Riegel vorschieben. Denn nach diesem machen sich zwar die Zuhälter und Freier, nicht aber die Prostituierten strafbar. Zahlreiche europäische Länder wie Schweden, Frankreich oder Irland wenden das Modell bereits erfolgreich an. Mit Beschluss vom 14. September 2023 hat sich

zuletzt auch das EU-Parlament für eine Strafumkehr ausgesprochen.

Dass Frauen zur Ware gemacht werden, ist unvereinbar mit unserem christlichen Menschenbild: Die unveräußerliche Würde und

Selbstbestimmung zu vieler Frauen werden in der Prostitution verletzt. Zum Schutz der unveräußerlichen Würde und Selbstbestimmung von Frauen bedarf es daher eines flächendeckenden Sexkaufverbots.

Außerdem ist festzuhalten, dass die bisherigen Gesetze nicht die versprochenen bzw. gewünschten Ergebnisse erzielt haben.